

Selbstgemachtes deutsches Rentenfiasko

Langsam wird die Katze aus dem Sack gelassen. Bei der Sicherung der Altersvorsorge seiner rasch alternden Bevölkerung haben zwei Generationen von Politikern komplett versagt. Jetzt aber rückt die Zeit heran, einen Offenbarungseid zu leisten.

Außer den verantwortlichen Politikern aller Couleur ist niemand überrascht, dass die germanische Rententitanic auf einen seit dem Pillenknick der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts bekannten Eisberg zusteuert. Aber anstatt beherzt umzusteuern haben die politischen Eliten des Landes es vorgezogen, mit Slogans wie „Die Rente ist sicher“ und dergleichen den Bürgern Sand in die Augen zu streuen. Zudem haben sie es durch Auferlegung enormer Abgabenlast der Bevölkerung schwer gemacht, für sich selbst im Rahmen der privaten Altersvorsorge anzusparen. Hinzu tritt das schwerwiegende Versäumnis, in Schulen und Universitäten kaum - aber jedenfalls nicht hinreichend – über die Notwendigkeit des Langfristsparens in Produktivvermögen zu unterrichten. Und zu allem Überfluss hat dann die Europäische Zentralbank im Nachgang zur amerikanischen Subprime-Krise und in Nachahmung ihres Vorbilds USA positive Realzinsen dauerhaft abgeschafft.

Die Rente ist gescheitert

Nun steht Deutschland wie der nackte Kaiser aus Hans Christians Andersons Märchen da und stellt fest, dass in den letzten 50 Jahren völlig versäumt wurde, Rück-



lagen anzulegen beziehungsweise das absehbar scheiternde Generationenmodell um starke Säulen betrieblicher und privater Altersvorsorge zu ergänzen. Wie immer in solchen schmachvollen Situationen fühlt sich niemand für das Desaster verantwortlich. Im

Resultat müssen die Steuerzahler einen stetig wachsenden Teil der Rentenzahlungen erbringen. Glücklicherweise sind die Steuerzahler hierzulande Kummer gewohnt, so dass sie sich wohl ihrem Schicksal ergeben werden. Alle die hoffen, es könnte in Deutschland zu spürbaren Abgabensenkungen kommen, sitzen einer Chimäre auf. Nicht einmal die kalte Progression, also die fortwährende legale Enteignung der Bürger durch Nominalwertbesteuerung ohne Inflationsanpassung wird gelingen. Und von der Abschaffung des unsäglichen sogenannten Solidaritätszuschlages müssen wir ebenfalls Abstand nehmen.

Was aber machen unsere Politiker stattdessen: Sie geben Verbalgarantien für die Sicherheit des Rentenniveaus bis ins Jahr 2025 ab. Neuerdings will man sogar das Rentenniveau bis 2040 garantieren. Es ist völlig absurd. Ein Land, das unter chronischem Kindermangel leidet und von den Alten regiert wird, meint, dem

gebeutelten und nicht zuletzt jungen Steuerzahler weitere Lasten auferlegen zu können.

5 Punkte, die der Staat berücksichtigen sollte

Tatsächlich sind jetzt mehrere Dinge zu tun.

Erstens muss es ökonomische Bildung zum Thema Sparen und Investieren geben. Dabei dürfen die hinreichend belegten Vorzüge von international gestreuten Aktienanlagen nicht länger verschwiegen werden.

Zweitens muss das Steuersystem rasch so umgebaut werden, dass sich private Altersvorsorge lohnt. Alle Privilegien der Zinsanlagen sind zu streichen. Stattdessen sollten Erträge aus Aktienan-

lagen für die Altersvorsorge steuerfrei gestellt werden.

Drittens müssen weitere Abgabenerhöhungen vermieden und stattdessen begonnen werden, die Staatsausgaben zu senken. Da ein gezieltes Sparen augenscheinlich nicht durchsetzbar ist, sollten alle Haushaltsposten pauschal zehn Jahre lang jeweils um 1,5 Prozent gesenkt werden.

Viertens muss der Staat sich für einen Systemwechsel bei der Altersvorsorge vorbereiten, da der Generationenvertrag erkennbar scheitert. Sollte es in den nächsten zehn Jahren einen signifikanten Kurseinbruch an den Aktienmärkten geben, dann sollte die Regierung unverzüglich Schulden in Höhe von 500 Milliarden Euro aufnehmen und dieses Geld nach

dem Vorbild des norwegischen Staatsfonds weltweit in Aktien investieren.

Fünftens muss die Rolle, Dimension und Notwendigkeit des Berufsbeamtentums tabulos überdacht werden.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns